

RATSINFORMATIONSSYSTEM DER STADT TRIER

Auszug - 53. Flächennutzungsplanänderung und Bebauungsplan BU 16 "Petrisberg-Ost" 3. Änderung und Erweiterung - Aufstellungsbeschluss

Sitzung:	Sitzung des Stadtrates		
TOP:	Ö 11		Wortprotokoll Beschluss
Gremium:	Stadtrat	Beschlussart:	ungeändert beschlossen
Datum:	Di, 31.01.2012	Status:	öffentlich/nichtöffentlich
Zeit:	17:08 - 20:30	Anlass:	ordentliche Sitzung
Raum:	Großer Rathaussaal, Rathaus, Verw. Geb. I, Am Augustinerhof		
Ort:			
Vorlage:	545/2011 53. Flächennutzungsplanänderung und Bebauungsplan BU 16 "Petrisberg-Ost" 3. Änderung und Erweiterung - Aufstellungsbeschluss		
Status:	öffentlich	Vorlage-Art:	StR öffentlich
Berichterstatter:	Beigeordnete Kaes-Torchiani	Aktenzeichen:	61
Federführend:	Stadtplanungsamt	Bearbeiter/-in:	Leist, Stefan

Ratsmitglied Frau Probst erklärte die ablehnende Haltung der FWG-Fraktion zu dieser Vorlage.

Ein wichtiger Grund sei die immer noch nicht gebaute Ortsumgehung Kürenz, obwohl es hierzu einen gültigen Stadtratsbeschluss gebe. Mit dieser weiteren Wohnbebauung, die dort oben geschaffen werde, entstünde nochmals zusätzlich Verkehrsaufkommen, nicht zuletzt auch durch die angrenzende Neuordnung des Burgunderviertels, die im direkten Zusammenhang stehe. Bislang habe es dort oben eine gemischte Nutzung für den universitären und gewerblichen Entwicklungsbereich mit dem Wissenschaftspark gegeben. Nun solle das Ganze in Richtung Wohnbebauung verschoben werden.

Von daher sei das Verkehrsaufkommen natürlich für den Stadtteil Kürenz nochmals mit wesentlichem Aufwand zu erwarten. Die FWG-Fraktion lehne daher die Vorlage ab.

Ratsmitglied Frau Britz stellte eingangs ihrer Bemerkungen für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen fest, dass das Thema im Ortsbeirat Kürenz auch ausführlich diskutiert worden sei. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen werde ebenfalls die Vorlage ablehnen, dies aus zwei Gründen.

Der erste Grund sei die bis jetzt immer noch mangelnde Verkehrsanbindung, wobei die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen nicht die Umgehungsstraße präferiere, sondern andere Vorstellungen habe.

Der zweite Grund liege darin, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen es auch sehr kritisch im Sinne des Einzelhandelskonzeptes sehe, das gerade in Stadtteilen Nahversorgung erhalten wolle. Mit dieser Vorlage werde auch die Nahversorgung im Treff in Frage gestellt. Dies stehe „billigend“ in der Vorlage. Diesen Punkt hätte die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen nochmals im Dezernatsausschuss III besprochen. Dort sei die Vorlage leider nicht behandelt worden.

Sie rege an, dass solche - auch den Zweck des Einzelhandelskonzeptes betreffende - Vorlagen auch im Dezernatsausschuss vorbesprochen werden sollten.

Ratsmitglied Herr Lehnart konnte als Sprecher der SPD-Fraktion die Argumentation nicht nachvollziehen, dass man in diesem Bereich gegen die Entwicklung des Einzelhandels sei.

Es sei das nachhaltige Ziel gewesen, im dem Bereich eine intakte Nahversorgung zu errichten und außerdem Verkehr zu vermeiden.

Wer Verkehr vermeiden wolle, brauche eine Nahversorgung. Deshalb könne er die Argumente der beiden Vorrednerinnen überhaupt nicht nachvollziehen.

Auch Ratsmitglied Herr Dr. Gilles konnte namens der FDP-Fraktion die Aufregung der Verkehrsbelastung in Kürenz nicht

ganz nachvollziehen. Es sollte bedacht werden, dass mit der Ablehnung dieser Vorlage nur wieder andere Menschen, die sich gerne dort etabliert hätten, gezwungen sein würden, nach Korlingen, Hockweiler, Gusterath oder nach Pluwig auszuweichen.

Dadurch würde ebenfalls eine zusätzlich Verkehrsbelastung entstehen.

Damit wolle er nicht sagen, dass hier die Planungen für die Ortsumgehung auf den „St.-Nimmerleins-Tag“ verschoben werden sollten, aber mit einem solchen Argument und mit einer solchen Ablehnung erreiche man in den Augen der FDP-Fraktion nichts.

Ratsmitglied Herr Spang ergänzte die Ausführungen der FWG-Fraktion dahingehend, dass Ratsmitglied Frau Probst einen „Paradigmenwechsel“ angesprochen habe. Es sei eine Abkehr von dem „Prinzip Wissenschaftspark“, universitäre und gewerbliche Nutzung. Denn 50 % des betroffenen Areals seien bereits jetzt mit einer Wohnbebauung quasi schon bebaut. So habe man sich das vor einigen Jahren natürlich nicht vorgestellt. Zum Thema Verkehr - gerichtet an Ratsmitglied Herrn Lehnart – garantiere er, dass viele Nutzer des neuen Frischemarktes dann möglicherweise auf die Idee kämen, die Innenstadt über die Sickingerstraße zu erreichen. Das werde also insofern auch wieder Verkehr dorthin bringen, wo er eigentlich nicht gewollt sei.

Zum Thema „Verdichtung“ führte Ratsmitglied Herr Spang weiter aus, dass die Kürenzer natürlich nicht merken, ob ein durch das Avelertal Fahrender vom Petrisberg oder aus Korlingen komme. Der Verkehr sei nun einmal vorhanden und der Stadtratsbeschluss zur Anbindung der Metternichstraße stehe im Raum und sei aber bis heute nicht umgesetzt worden.

Deswegen sei es völlig legitim zu sagen, dass die FWG-Fraktion die ursprüngliche Nutzung - als Mischgebiet - beibehalten wolle, solange diese Probleme alle nicht gelöst seien.

Frau Beigeordnete Kaes-Torchiani konnte - gerichtet an Ratsmitglied Herrn Spang - nicht nachvollziehen, inwiefern eine Ausweisung als Mischgebiet und jetzt eine Ausweisung als studentisches Wohnen aus Sicht der FWG-Fraktion zu mehr Verkehr führe. Man sei der Auffassung gewesen, dass man die Studenten zur Uni bringe und dadurch weniger Verkehr auf dem Avelertal liege.

Ratsmitglied Herr Köhler griff dies auf und erklärte, dass man die Studenten dort belasse, wo sie auch tagsüber arbeiteten. Das entlaste und bringe weniger Verkehr.

Sowohl die Studenten als auch die restlichen Anlieger würden mit einem zusätzlichen Frischemarkt versorgt. Dadurch verhindere man einen Suchverkehr für Studenten und einen zusätzlichen Verkehr zum Einkaufen. Genau das werde hier geschaffen. Das sei seines Erachtens auch das, was zur Uni dazu gehöre, nämlich der Uni nahe Einkaufsmöglichkeiten als auch insbesondere studentisches Wohnen.

Das werde mit dieser Vorlage erreicht. Insofern werde die CDU-Fraktion diese Vorlage in allen Punkten unterstützen.

Nach weiteren kritischen Anmerkungen des Ratsmitgliedes Herrn Spang thematisierte Herr Beigeordneter Egger das Thema Einzelhandel. Er bitte Folgendes zu berücksichtigen. Man habe nicht einer Nahversorgung unabhängig von dem Zwillingstandort Tarforster Zentrum zugestimmt, sondern es habe eine Sonderbetrachtung im Wege der Fortschreibung des Einzelhandelskonzepts gegeben. Diese sei herangezogen worden, um auch diese Frage hier zu klären.

Man müsse diese beiden Standorte im Zusammenhang sehen. Es bestünden sicher Wechselwirkungen, aber die Verwaltung glaube auch, dass dieser Zwillingstandort eben so Sinn mache, weil man hier eine durch die Ansiedlung Lidl auch eine Versorgung eröffnet habe, die man nicht abschließen könne, nämlich in dem Sinne, dass für Vollsortimenter dann die Leute noch einmal einen extra Weg auf sich nehmen würden. Das mache keinen Sinn.

In der Tat habe auch der angesprochene Frischemarkt schon länger ein Verlagerungsinteresse. Hier sei er sicherlich auch mit im Spiel, wenn es um eine Ansiedlung dort gehe. Die Verwaltung sehe das als verträglich an im Hinblick auf die Gesamtentwicklung.

Das Thema hätte sicherheitshalber tatsächlich noch einmal im Ausschuss diskutiert werden sollen. Künftig werde man das auch so machen. Man könnte es im Rahmen der Abarbeitung „Einzelhandelsentwicklungskonzept Fortschreibung“ auch

noch einmal gesondert herausgreifen und besprechen.

Nach einer sich anschließenden Diskussion, an der sich die Ratsmitglieder Frau Dr. Tressel, Frau Britz, Frau Ruffer und Frau Beigeordnete Kaes-Torchiani beteiligten, trat der Stadtrat in die Abstimmung ein.

Der Stadtrat beschloss bei 31 Ja-Stimmen, 11 Nein-Stimmen (sechs Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und fünf Stimmen der FWG-Fraktion) und zwei Stimmenthaltungen (der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen):

die Einleitung der 53. Flächennutzungsplanänderung und die Aufstellung des Bebauungsplan BU 16 "Petrisberg-Ost" 3. Änderung und Erweiterung gemäß § 2 Abs. 1 BauGB für den in der Anlage dargestellten Bereich.

Die Verwaltung wird beauftragt, die hierzu notwendigen inhaltlichen Vorarbeiten sowie die frühzeitige Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung durchzuführen.